

Menuhin und wie er die Welt sieht

info@gerard-menuhin.de

->> STARTSEITE

Fragen & Antworten

"Wer die Wahrheit kennt..." - Rede vom 14. Oktober 2006

Gerard Menuhin sprach am 14. Oktober 2006 vor mehr als zweihundert Teilnehmern einer Veranstaltung des Freundeskreises National-Zeitung zum Thema "Wer die Wahrheit kennt..."
Hier seine Rede im Wortlaut:

Meine Damen und Herren,

Bertolt Brecht meinte:

"Wer die Wahrheit nicht kennt, ist ein Dummkopf. Wer die Wahrheit kennt und sie eine Lüge nennt, ist ein Verbrecher."

Nun, was ist die Wahrheit?

Die Wahrheit ist, dass Deutschland 61 Jahre nach Kriegsende physisch und psychisch ein besetztes Land bleibt.

Ein Land, in dem nach wie vor amerikanische und englische Truppen stationiert sind.

Ein Land wie ein riesiger Truppenübungsplatz, denn London und Washington entscheiden nach ihrem Belieben, in welchem Umfang und wo ihre Truppen in Deutschland bleiben.

Ein Land, in dem es ein Verbrechen ist, manche Themen offen zu diskutieren.

Jedoch regiert die Bundesregierung weiter, als ob Deutschland ein autonomes, freies Land wäre wie andere westeuropäische Länder. Die Bundesregierung scheint dankbar nach allen ablenkenden Angeboten und Verlangen aus dem Ausland zu greifen, um bloß den dringenden Problemen Deutschlands zu entkommen. Wenn diese Koalition Entscheidungen trifft, sind sie willkürlich oder unverständlich. Die Rente mit 67, die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Gesundheitsreform, Soldaten in den Libanon schicken. Jeder fünfte Steuer-Euro wird benutzt, um die 38 Milliarden Zins auf die Staatschulden von 1,52 Billionen Euro zu bezahlen. Dennoch gibt der Staat 9 Milliarden Euro aus, um die Bundeswehr in gefährliche Auslandseinsätze zu senden. Unzählige Millionen werden verwendet, um neue Synagogen, Mahnmale, Dokumentationszentren zu bauen. Durch ihre amerikagehorsame Politik entfremdet die Bundesregierung nicht nur den Nahen Osten, sondern auch die moslemische Bevölkerung Deutschlands. Merkel ist es sogar gelungen, den Terrorismus nach Deutschland zu holen. Doch niemand glaubt, die Politiker der etablierten Parteien hätten eine Gehirnwäsche durchgemacht. Sie verleugnen einfach die Wahrheit. Ginge es nach Bertolt Brecht, müsste man also die ganze Bundesregierung einsperren.

Es scheint den Regierungen westlicher Länder unbegreiflich, warum ein moslemischer Deutscher zweiter Generation sich plötzlich radikalisiert und sich als Bombenleger entpuppen sollte. Ist er doch hier zur Erde geboren, zur einheimischen Schule gegangen, spricht die Sprache des Landes, hat einen Pass. Als ob eine Generation einen Menschen so ändern würde, dass alle seine angeborenen, von seinen Eltern ererbten Eigenschaften durch einen Pass verschwinden würden! Das ist eben die Kraft der Kultur und der Beweis dafür, dass alle Kulturen ihr Zuhause haben und dort am besten bleiben sollten.

Übrigens liegt es auch an der Kultur nicht weniger der ausländischen Kinder, die die Schulen Berlins bevölkern, wenn deutsche Schüler terrorisiert werden. Im März 2006 legte das von dem früheren niedersächsischen SPD-Justizminister Christian Pfeiffer geleitete Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen seinen ausführlichen Forschungsbericht "Gewalt und Medien im Leben von Kindern und Jugendlichen" vor. Nach dieser Studie sind junge Türken bei den Tätern um etwa das Dreifache überrepräsentiert. Im Vergleich zu jungen einheimischen Deutschen sind junge Türken fast 6,5mal so häufig Täter. Unter den Ursachen der Jugendgewalt ermittelte das Kriminologische Forschungsinstitut "schwere innerfamiliäre Gewalt", deren Opfer türkische Kinder und Jugendliche durchweg am häufigsten werden, und eine Gewalt legitimierende "Machokultur". Im Vergleich aller ethnischen Gruppen seien junge Türken mit Abstand am stärksten an dieser "Machokultur" orientiert.

Es ist lächerlich, solche Jugendliche Literatur, Mathematik und Fremdsprachen lehren zu wollen. Sie haben kein Interesse daran. Ihre tradierten Lebensweisen und ihre Kultur verwerfen solche westliche Erziehung. Während diese gewalttätigen Jungen Schulen, Bäder usw. zerstören, machen sie deutschen Kindern ihre Ausbildung unmöglich. Die üblichen Politiker - Frau Roth, Herr Pofalla, die sich höchstwahrscheinlich nie in einen solchen Bezirk wagen würden - wollen diese Jungen "integrieren" und dafür weitere Steuergelder verwenden. Also Geld von Eltern der verprügelten Kinder zur Unterstützung ihrer Peiniger ausgeben statt eine gesicherte Ausbildung zu garantieren. Aber ausländische Intensivtäter sind nicht integrierbar.

Diese schlimmen Erfahrungen in den Schulen und in den Bezirken, die tatsächlich zu "no go areas" (um den armseligen Herrn Heye hier nicht unerwähnt zu lassen) für Deutsche geworden sind, signalisieren klar und deutlich,

- dass Deutschland nicht mehr Ausländer verdauen kann;
- dass die Kultur vieler dieser Menschen zu Deutschland nicht passt;
- dass schon die Idee, die Türkei in die EU bringen zu wollen, der reine Irrsinn ist.

Weniger sensationell sind straffällig gewordene Asylbewerber, die anstatt sofort ausgewiesen zu werden, eine Strafe auf Bewährung bekommen. Solche Immigranten braucht kein Land, also warum bleiben sie noch in Deutschland? Alles hängt irgend wie mit den Ereignissen von 1933-45 zusammen. Die deutsche Justiz soll nicht zu hart aussehen. Was würde aber passieren, wenn unerwünschte Ausländer ausgewiesen würden? Ja, es würde wahrscheinlich Kritik vonseiten der Zionisten und der Gutmenschen geben. Aber wen kümmert's? Glaubt jemand, dass sich deswegen weniger deutsche Autos im Ausland verkaufen ließen? Als Folge würden weniger Asylbewerber nach Deutschland kommen.

Es sollte dem deutschen Volk wie allen anderen Völkern gehen. Es sehnt sich nur nach seinen eigenen Gewohnheiten, nach Gewissheit, Arbeit, Freizeit, Sicherheit, nach seinen Kultureigenschaften und einem friedlichen Leben. Warum sollten diese einfachen Wünsche nicht erfüllbar sein? Die Deutschen arbeiten fleißig, sie würden gern Kinder haben, wenn sie nur mehr Vertrauen in die Zukunft haben könnten. Aber es gab in der zweitausendjährigen deutschen Geschichte nicht nur Bach, Beethoven und Brahms, Goethe und Schiller, unzählige erfolgreiche Forscher und Wissenschaftler und große Herrscherdynastien, welche mit den Königshäusern ganz Europas verwandt waren und sind.

Nein, kehren wir all dies beiseite. Es gab doch die unvergesslichen zwölf Jahre des Nationalsozialismus. Warum aber sind diese zwölf Jahre unvergesslich? Hängt der rechtlose Stand Deutschlands nur an Hitler? Zur Zeit Hitlers gab es in Europa auch die Diktatoren Stalin, Franco und Mussolini. Unter Stalin sind um die 43 Millionen Menschen zu Tode gekommen. Liegt es am Krieg?

Das Versailler Abkommen hatte Deutschland in eine Lage gebracht, aus der nach Meinung vieler damaliger Deutscher nur ein starker politischer Wille es herausholen konnte. Ich bezweifle, dass Hitler den Weltkrieg wollte. Er strebte die vollständige Revision der Pariser Vorortverträge von 1919 an, wozu er auch militärische Mittel einzusetzen bereit war. Bei seinem schließlich militärischen Versuch, die Danzig- und die Korridorfrage zugunsten Deutschlands zu lösen, unterschätzte Hitler die Entschlossenheit der Westmächte, die Deutschland nicht nur den Krieg erklärten, sondern dann auch die wiederholten deutschen Friedensinitiativen ablehnten. Nach den sowjetischen Territorialforderungen in Nord- und Südosteuropa, die Molotow im November 1940 in Berlin erhob, sah die deutsche Führung Deutschland und Europa umso mehr durch den Sowjetkommunismus bedroht. So kam es zum Zweifrontenkrieg. 1943-45 verteidigte sich Deutschland tapfer, aber es verlor aufgrund der gewaltigen Überlegenheit seiner Feinde, die die bedingungslose Kapitulation verlangten, den Krieg.

All das wäre nach 61 Jahren nur einige Absätze in den Geschichtsbüchern wert. Hitler wurde möglicherweise zum einen zum Verhängnis, dass er sich mit Kreisen der so genannten Hochfinanz angelegt hatte. Vor allem aber war er nicht bereit, den Deutschland ab 1919 zugedachten Platz - abgerüstet, durch den "polnischen Korridor" in zwei Teile gerissen, ohne Kolonien und zu Reparationszahlungen bis zum Jahr 1988 verpflichtet - hinzunehmen, während Frankreich, Grossbritannien und die Sowjetunion über riesige Imperien herrschten. Also war plötzlich Schluss mit "Appeasement".

Aber auch das begründet nicht, warum die Zeit des Zweiten Weltkriegs - so schrecklich die damaligen Ereignisse und Verbrechen auch waren - heute noch in den Medien, Schulen, Universitäten so dominant ist.

Nein, diese Jahre bleiben unvergesslich, weil ein kleiner, damals bekanntlich besonders hart betroffener Anteil der Weltbevölkerung von der laufenden Erinnerung profitiert. Dabei haben seine selbsternannten Repräsentanten alles erreicht, was sie verlangt haben, und - durch ihre deutschen Handlanger - oft sogar mehr, als sie verlangt haben.

Die Judenverfolgung gab es - und es liegt mir fern, an diesen Verbrechen etwas zu beschönigen oder gar zu verharmlosen. Aber vor dem Hintergrund der großen deutschen Wiedergutmachungsanstrengungen, die in der Geschichte ohne Beispiel sind, empfinde ich es als Frechheit, was Michael Fürst am 19. September von sich gegeben hat. Herr Fürst ist der Vorsitzende des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen und ist an sich ein eher gemäßigter Repräsentant des Judentums. Jetzt aber verlangt er von den Deutschen, sie mögen ihr - ich zitiere - "unermessliches Anspruchsdenken" herunterschrauben und sich künftig an weniger Wohlstand gewöhnen.

- Angesichts der unzähligen Millionen deutscher öffentlicher Gelder, die über Jahrzehnte der zionistischen Sache gegeben worden sind,

- angesichts der mit öffentlichem deutschem Geld bezahlten Tausende von Mahnmalen, die die deutsche Landschaft entstellen,

- angesichts des Einsatzes der Bundeswehr im Libanon bei gleichzeitiger Massenarbeitslosigkeit in Deutschland

ist soviel Chuzpe ein Schlag ins Gesicht jedes deutschen Bürgers. Diese Äußerung beweist, dass einige dieser Leute nie genug kriegen. Also müsst ihr Deutschen jetzt mit diesem Unsinn der immer neuen Wiedergutmachungen aufhören!

Ich plädiere dafür, dass die Menschheit endlich Lehren aus der Geschichte zieht. Denn es haben sich schon viel zu viele Völkermorde zugetragen, ohne dass man daraus erkennbar gelernt hätte: 70 Millionen ausgerottete Indianer, eine Million getötete Armenier und schätzungsweise sechs Millionen in der Sowjetunion planmäßig als Klasse liquidierter Kulaken mahnten schon vor dem Zweiten Weltkrieg. Auch die UN-Völkermordkonvention von 1948 konnte drei Millionen deutsche Vertreibungsoffer, 2-3 Millionen Kambodschaner und über eine halbe Million 1994 in Ruanda getötete Tutsis nicht retten. Noch heute werden beispielsweise die Kurden verfolgt. Aber alle diese Opfer haben keine Lobby und kein Netzwerk einflussreicher Gleichgesinnter. Und schon George Orwell wusste: "Wer die Vergangenheit beherrscht, beherrscht die Zukunft." Mein Appell lautet daher, aller Völkermordopfer zu gedenken! Sie alle verdienen unsere Solidarität.

Zurück zu meinem Thema: Als die trotz ihrer Niederlage noch stolze Generation der deutschen Kriegsüberlebenden ausstarb, standen ihre Nachkommen der Einschüchterung und der Umerziehung wehrlos gegenüber. Das gehorsame deutsche Volk ist leider von Natur aus für eine solche Rolle prädestiniert. Ohne diese Vasallenstellung wären die ganz normalen Erwartungen des deutschen Volkes jetzt Tatsache. Aber wie sagte doch Graf Joseph de Maistre (1754-1821): "Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient."

Nichts geht über die Kultur und den Frieden. Um beides zu schützen, gilt als allgegenwärtiges Grundgesetz die Nichteinmischung auf allen Gebieten, sei es gesellschaftlich, politisch, religiös oder wirtschaftlich. Das individuelle menschliche Leben ist kurz, aber es ist Teil einer langen Folge sowie der Vorgänger einer ganzen Reihe weiterer Leben. Das heißt, dass das Leben des Einzelnen in der Entwicklung eines kulturbestimmten Stammes stattfindet. Dieser Stamm wird oft von anderen Stämmen oder Geschehnissen - manchmal schrecklichen - beeinflusst, aber er behält auch die Spuren der Kultur und Kulturen, die ihn einst geprägt haben. Diese Spuren zeigen sich manchmal auf ganz offensichtliche Weise, wie z. B. in Essgewohnheiten, in der Volksmusik, in der Anziehungskraft besonderer Ort- oder Landschaften, manchmal nur durch unerklärliche Gefühle oder Vorlieben, die das Unterbewusstsein hervorbringt.

Obwohl geographisch weit entfernte Kulturen sich manchmal zu mischen versuchen, z. B. in einer Heirat zwischen Asiaten und Europäern oder zwischen lateinischen und angelsächsischen Menschen, merkt man leider, trotz anfänglicher Liebe, dass diese verschiedenen Prägungen meistens nicht auf Dauer mischbar sind. Sie erschweren zusätzlich das schon nicht einfache tägliche Zusammenleben. Selbstverständlich gibt es Ausnahmen, aber das sind die Ausnahmen, die die Regel bestätigen.

Die Kulturen bestehen fort, wenn wir als Individuen nicht mehr hier sind. Sie sind unser allgemeiner, gesammelter Reichtum. Es bleiben oft auch handfeste Zeichen unseres Glaubens und menschlicher Tugenden, in der Architektur zum Beispiel. Aber diese sind nicht so stark, dass sie Kriege und höhere Gewalt überstehen könnten. Am stärksten ist der Glaube, mit dem ich nicht unbedingt nur die Religion andeuten will. Es gibt allerlei Glauben, persönlich und allgemein, wie die Philosophie und die Künste belegen.

Wer den Reichtum der verschiedenen Kulturen bewahren will, darf keine gewaltsame Einmischung betreiben. Der Austausch zwischen Kulturen findet am natürlichsten statt, wenn er, wie bei Pflanzen, auf organische Weise vorgeht. Hier ist ein Vergleich mit der Medizin nützlich. Gegenwärtig sucht man eine sofortige Lösung für alle physischen Probleme. Wenn man Kopfschmerzen hat, greift man nach einer Pille. Es gibt aber immer Nebenwirkungen. Je stärker solche Sofortmaßnahmen und je öfter zu ihnen gegriffen wird, desto größer die Nebenwirkung. Nicht anders geht es bei gewalttätigen Einmischungen wie Krieg. Ein

Krieg kann zwar dem Stärkeren einen Sieg, Land und Bodenschätze bringen, aber die Folgen für das eroberte Volk wie für die Umwelt sind katastrophal. Noch schlimmer wird es, wenn der Angreifer nichts mit den Angegriffenen gemein hat. Abhängig davon, wie schlimm und wie langdauernd der Eingriff, kann das Wiederherstellen des Gleichgewichtes Generationen dauern, wenn es überhaupt je stattfinden kann. So ist es im Irak. Es ist zwar einfach für ein untergebildetes Volk wie das US-amerikanische, mit einer höchst modernen Armee ein Land, vor dem es keinen Respekt und von dem es keine Ahnung hat, zu zerstören, um danach irgendwelchen unausgereiften Plänen folgend ein Marionettenregime einzusetzen und sich Zugriff auf die dortigen Bodenschätze zu verschaffen. Aber in der Realität sieht es natürlich ganz anders aus. Und selbst diese immense Katastrophe ist nur mäßig im Vergleich zu der Ausbreitung dieses Krieges nach Syrien und Iran, wie Amerika und Israel sie wünschen. Die Schlussfolgerung ist, dass keine Einmischung stattfinden soll; dass jeder Staat eine eiserne Neutralität bewahren muss.

"Trotz aller Anstrengungen eines Jahrhunderts der Philosophie werden die meistzivilisierten Reiche immer der Barbarei so nah sein wie der meistpolierte Stahl dem Rost", schrieb der französische Schriftsteller Antoine de Rivarol (1753-1801).

Niemand hat je behauptet, so viel ich weiß, dass Amerika zivilisiert wäre. Amerikaner haben zwar den Staubsauger und die Klimaanlage erfunden und eine Menge sonstige Sachen, die unser tägliches Leben teils erleichtern und teils erschweren. Aber Amerikaner haben auch eine Menge Massenvernichtungswaffen entwickelt und - was viel schlimmer ist - benutzt.

Wer in Amerika keinen Toaster, keinen Staubsauger und keine Klimaanlage kauft kann in der Gosse verrecken. Eine Studie zeigt, dass unter den Staaten, wo das Geld am ungerechtesten verteilt ist, Amerika an 36. Stelle steht - sogar vor Russland, das die 54. Stelle einnimmt. Also sollten wir nicht staunen, wenn Amerika als einzige Supermacht im 21. Jahrhundert die Barbarei als günstigsten Weg zur Weltbeherrschung neu entdeckt hat. Also über zwei Jahrhunderte nach den Barbareien der französischen Revolution und der Kriege Napoleons, auf die die Bemerkung Rivarols begründet ist.

Was heißt aber "zivilisiert sein" genau? Gewiss gehört dazu Weisheit, Erfahrung, Menschenkenntnis, nicht nur das praktische Denken und Fakten beherrschen. Zivilisiert sein darf nicht mit Gefälligkeit verwechselt werden. Der Schwächere benimmt sich nur vernünftig, wenn er gegenüber einem Stärkeren höflich vorgeht. Zivilisiert verhält sich, wer mehrere Möglichkeiten zu Verfügung hat, aber sich für eine langfristige Lösung entscheidet, eine Lösung die allen Beteiligten gerecht erscheint.

In diesem Fall würde es heißen, Amerika, das es für politisch unumgänglich hält, soviel Erdöl wie möglich zu bekommen, um die Preise möglichst tief zu halten, müsste das nötige Erdöl von den üblichen Quellen kaufen, so wie alle anderen Staaten es tun. Andererseits könnte die amerikanische Regierung auf diesem wie auf manchen anderen Gebieten erwachsen werden und den Preis einer Gallone Benzin, womöglich durch Steuern, die der Umwelt zu Gute kommen, endlich so erhöhen, wie es in europäischen Ländern der Fall ist. Dass das politisch unmöglich ist und den sofortigen Abgang eines Befürworters bedeuten würde, dient dem wirtschaftlichen und dem zionistischen Gedankengut, die zusammen trotz der Niederlage im Irak immer noch die wichtigste Rolle in Amerika spielen.

Man stelle sich vor: Eine Regierung, die mehr als alle früheren wirtschaftlichen Interessen dient und mit wirtschaftlichen Führern besetzt ist. Daneben ein Militär, das stets aufgestockt und mit neuen Mitteln beglückt wird, sei es mit Stealth Bombern, mit Drohnen oder mit DU-Geschossen, also Waffen mit abgereichertem Uran. Das vereinbarte Ziel ist gemeinsam. Nur, wie verkauft man es erstens den Abgeordneten und zweitens dem Volk? Ja, man erfindet und fördert einen "Krieg gegen den Terrorismus" und für die "Demokratie"; man entdeckt Feinde (Länder, die zufällig auch erdölreich sind). Diese Bedrohung führt man dem ohnehin unbelehrten amerikanischen Volk auf patriotische Weise vor Augen, besonders auf Fernsehkanälen wie Fox-TV, die bei den einfachsten Menschen beliebt sind. Diese Strategie wird dadurch erleichtert, dass es schon reichlich Zündstoffe gibt. Die Provokation der jahrhundertelangen Kolonisation im Nahen Osten tut ihre Wirkung.

Es wird seit einiger Zeit von manchen gebildeten Menschen behauptet, dass der angeblich von arabischen Terroristen geplante, bis jetzt größte Anschlag auf den Westen im September 2001, entweder im voraus den amerikanischen Behörden bekannt war, ohne dass diese eingegriffen haben, oder dass diesem Ereignis sogar von Behörden nachgeholfen wurde. Mit durchaus eindrucksvollen Berichten und Bildern wurden so die offiziellen Erklärungen in Zweifel gezogen. Ich denke dabei zum Beispiel an die umstrittene Videodokumentation "Loose Change"!

Obwohl dies höchstwahrscheinlich eine Übertreibung von Verschwörungstheoretikern ist, verkauft es sich so gut, dass man den Schluss daraus ziehen muss, dass der Bürger kein Vertrauen mehr in seine Regierung hat. Warum sollte er auch? Regierungen sind volksferner denn je, vielleicht weiter weg, als es einst Könige waren - obwohl wir durch die Gleichberechtigung, die Demokratie und obendrein noch die Multikultur gesegnet sein sollen.

Also ist der "Feind" gefunden. Aber wen begünstigt ein Krieg gegen solche Feinde zumeist, wer ist in den Reihen der amerikanischen Regierung seit eh und je vertreten? Der Staat Israel. Die Ziele Amerikas und die Israels passen perfekt zueinander. Während Amerika das Erdöl an sich reißt, werden die arabischen Länder um Israel zunichte gemacht. Daher darf Israel Amerikas Stellvertreter (auch "Rottweiler" genannt) im Nahen Osten spielen und das amerikanische Machtstreben durchführen. Gleichzeitig wird der Traum Israels nach einem Reich erfüllt, wie die Zionisten es aus der Bibel zu begründen versuchen. Übrigens scheint es inzwischen fast eine Tatsache, dass Israel schon seit langem ein Reich besitzt - es heißt Amerika. Angeblich sagte Sharon im Oktober 2001 zu Perez, als Letzterer ihm riet, die Amerikaner nicht gegen Israel aufzubringen: "Mach' dir keine Sorgen um amerikanischen Druck auf Israel. Wir, das jüdische Volk, beherrschen Amerika, und die Amerikaner wissen es."

Auf alle Fälle arbeiten diese zwei Staaten längst zusammen, um ihre gemeinsamen Ziele zu erreichen. Die National-Zeitung meldete auf überzeugende Weise, wie UN-Beobachter den Ablauf der ersten Tage des israelischen Einfalls im Libanon berichteten - bis diese UN-Beobachter zu lästig und durch ein "zufälliges" israelisches Bombardement getötet wurden. Ein "Zufall", der trotz modernster zielsicherer Waffen passierte und Proteste seitens der UN hervorrief. Es soll angeblich sogar Telephonate zwischen dem UN-Hauptsitz in New York und der israelischen Regierung in Tel Aviv gegeben haben. Als Ausrede beruft sich Israel - das keine unabhängige Kommission zur Untersuchung des Falles erlauben wollte - auf falsche Landkarten.

Zur Erinnerung: Nach der Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad am 7. Mai 1999, bei der drei chinesische Journalisten getötet und 20 Diplomaten verletzt wurden, behauptete der amerikanische Verteidigungsminister Cohen ebenfalls: "Eines unserer Flugzeuge griff das falsche Ziel an, weil die Befehle zur Bombardierung auf der Grundlage eines veralteten Stadtplans gegeben worden waren."

Das glaubt doch keiner. Die meisten werden in ihrer täglichen Zeitung nicht über den Ablauf der Dinge informiert. Sie werden nicht wissen, dass ein Hirtenjunge von den Israelis erschossen wurde, um die Hisbollah zu provozieren. Nachdem diese sich dann drei israelische Soldaten als Geisel genommen hatte, schien es an der Zeit, den längst geplanten Einfall anzufangen.

Der UN-Generalsekretär hat gegen den willkürlichen Mord an seinen Bluhelmen zwar formell protestiert, aber natürlich ging es nicht weiter. Man war sogar überrascht, dass es soweit kommen könnte - dass ein Mann in einer von der USA beherrschten Position gegen eine Handlung Israels protestieren würde. Merkwürdig! Es folgte auch die Sammlung von Geldern unter der "internationalen Staatengemeinschaft", um den Wiederaufbau des Libanon zu ermöglichen. Kein führender westlicher Politiker hat die selbstverständliche Frage gestellt, warum der allein Verantwortliche Israel nicht bezahlen sollte. Vor kurzem gab ein israelischer Offizier zu, Israel hätte Millionen "Clusterbombs", also Splitterbomben, auf den Libanon abgeworfen. Diese Bomben stellen eine akute Gefahr besonders für Zivilisten dar.

Nicht nur hat Israel den halben Libanon in Schutt und Asche gelegt - mit Begründungen, die eine Beleidigung jedes nur halbintelligenten Menschen darstellen -, sondern es hat diesen Angriff auf Wunsch Amerikas durchgeführt, als Probe für den kommenden Krieg gegen Iran und Syrien. Israel könnte sich den Wiederaufbau sogar leisten, bekommt das Land doch jährlich drei Milliarden Dollar als Unterstützung aus Amerika, um nicht die anderen erpressten Millionen zu erwähnen. Genau soviel soll der Wiederaufbau kosten. Und jetzt soll einfach öffentliches Geld, also unser Geld, um diese Kosten zu decken, aus dem Ärmel geschüttet werden. Nicht dass die armen Libanesen es nicht verdienen. Aber man fragt sich doch, ob die ganze Übung zwecklos ist, da das Land vielleicht nach dem Willen Israels und Amerikas schon bald wieder zerstört werden könnte.

Wiedergutmachungen wurden nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg von den Siegern und später unaufhörlich von den Zionisten von Deutschland verlangt. Aus unerklärlichen Gründen aber darf der Libanon solche nicht von Israel verlangen.

Dass die Mehrheit der Menschen von diesen Ereignissen hilflos wegschaut, hilft natürlich der amerikanisch-israelischen Strategie. Auf einer Seite stehen die USA, bis an die Zähne mit Massenvernichtungsmitteln bewaffnet, aber mit einer Bevölkerung, die von Ignoranz durchtränkt - eigentlich gegen jedes Wissen über das Weltgeschehen imprägniert - ist. (Man stelle sich vor, wie anders die Welt würde, wenn Amerika seiner Bevölkerung ein bisschen mehr allgemeine Bildung bezahlen würde. Es gäbe dort ganz andere Verhältnisse. Zum Beispiel gute öffentliche Verkehrsmittel, also keinen überhöhten Benzinverbrauch; einen verantwortlichen Umgang mit der Umwelt; Kenntnis historischer Ereignisse und Respekt gegenüber anderen Ländern, Rassen und Religionen - also ein gebildetes, zivilisiertes Land.)

Auf der anderen Seite stehen die Zionisten, die einige Jahrzehnte gehabt haben, um ihr Spiel höchst raffiniert zu entwickeln. Um dieses Spiel zu verstehen, muss man nur merken, wie sie immer wieder mit ihrer "Antisemitismus"-Leier kommen. Da es immer wieder Gelegenheiten gibt, auf einen Fall von angeblichem "Antisemitismus" zu verweisen, weil jeder - auch ein Jude - sich über irgendeinen jüdischen Gegenstand, ein Buch, eine Meinung negativ äußern könnte, kann dieser Begriff ewig am Leben erhalten

werden. Dabei ist der Begriff "Antisemitismus" eigentlich bedeutungslos. Araber sind auch Semiten. Der Ausdruck "Antisemit" ist lediglich ein Propagandawort, das benützt wird, um Angst zu erzeugen und unliebsame Diskussionen abzuwürgen. Und solange wir das zulassen, wird es nicht nur weitergehen, sondern es wird schlimmer werden. Obwohl Europäer noch relativ gebildeter sind als ihre amerikanischen Zeitgenossen, haben wir offensichtlich nicht den Mut, gegen den Missbrauch der Geschichte zu kämpfen. Was aber nicht erklärt, warum wir nicht gegen den Missbrauch von unser aller Steuergeld zu kämpfen versuchen.

Wieviel die EU oder einzelne europäische Staaten gegen diesen Welteroberungswahn tun können oder wollen, bleibt offen. Da eine Einmischung immer Geld kostet und am Ende wahrscheinlich nur zusätzliche Feinde erweckt, wäre davon abzuraten. Aber bis jetzt sind die meisten europäischen Regierungen allein oder im Rahmen der EU Amerika brav nachgefolgt. Unter einer anderen Regierung erhoffte man von Deutschland, es würde sich neutral halten und nur humanitäre und wirtschaftliche Beziehungen zu anderen Ländern pflegen. Deutschland hat genügend innere Probleme. Aber wie fast alles heutzutage, ist die Politik eine Sache von Wahrnehmung und nicht von Tatsachen, von Schein und nicht von Sein. Und die Außenpolitik, die zwar viel kostet, aber eine unendliche Geschichte ohne klare Bewertungsmaßstäbe ist, dient zur Ablenkung von der Innenpolitik.

Vermutlich hat Frau Merkel nie Zweifel gehabt, mindestens seitdem sie die Gleichgültigkeit gelernt hat. So geht es Menschen, die zuviel Wechsel im Leben erleben, wenn sie nicht stark genug sind, um an ihrem Kernglauben fest zu halten, oder, wie es zweifellos der Fall bei Frau Merkel ist, wenn sie keinen Kernglauben haben. Die Starken behalten ihren Glauben, auch wenn alles andere um sie zerfällt. Die meisten passen sich an. Wenn man sich mehrmals angepasst hat, wird es Gewohnheit, an überhaupt nichts zu glauben. Also lernt man sehr schnell einen völlig neuen Weg zu gehen, einen Weg, zum Beispiel, wie der, den Merkel vor der letzten Wahl von Amerika zurückbrachte. Ob sie es selbst entdeckt hat, bleibt fragwürdig, aber sie hat erkannt, dass Deutschland immer mehr Amerika nachmacht, also war es an der Zeit, auch amerikanische Wahlmethoden nachzumachen. Als die "Angie" von ihrer Reise zur der Quelle der Weisheit USA zurückkam, brachte sie Sprechchöre, Luftballons und die neue CDU-Partei-Farbe: orange mit. Wenn wir die Redensart "Farbe bekennen" verwenden, meinen wir: echte Gefühle zu zeigen. Aber in diesem Fall ging es um das genaue Gegenteil, es ging um eine fröhliche Tarnung: orange. Vor ein paar Ausgaben habe ich in meiner Kolumne über die Farbe orange und ihre hintergründige Bedeutung berichtet.

Es kann sein, dass man sich manchmal hoffnungslos fühlt, wenn man sieht, wie gut es einem Joseph Fischer geht, einem Menschen, der fast ohne Bildung jetzt in Princeton lehrt. Wie ist es möglich, fragt man sich, dass so einer es so weit bringt? Ja, heutzutage gilt weder die Erfahrung noch die Weisheit noch der gute Charakter. Ob man seinem Land dient, ist sekundär. Hauptsache man kommt voran. Niemand weiß mehr, wie es gehen sollte, also ist alles möglich. Man muss diese Ernennungen nicht zu ernst nehmen. Wenn man die Hintergründe kennt, sind es nur die zu erwartenden Belohnungen für so viel Kriecherei vor der üblichen Gruppe, bei der der Fischer sich während seiner Amtszeit beliebt gemacht hat.

Als ich einige Monate in den frühen achtziger Jahren in München verbrachte, sagte mir ein Münchner: "Die Deutschen sind keine guten Demokraten". Natürlich protestierte ich. Ich wies diese Meinung unter Hinweis auf verschiedene gesellschaftliche Tatsachen zurück. Aber der Satz ist mir im Kopf geblieben. Was meinte dieser Mann genau? Meinte er, dass die Deutschen, als sie in einer hoffnungslosen Lage waren, Hitler gewählt hatten und bei allen nachfolgenden Ereignissen mitmachten? Oder meinte er etwas anderes, eine Charaktereigenschaft, die in der deutschen Seele seit Jahrhunderten verankert ist?

Ich bin kein Historiker. Aber es scheint mir, dass die Meinung, die Deutschen seien keine guten Demokraten, auch historisch begründet werden könnte:

1849 stand das Land am Scheideweg. Es hätte sich für eine Verfassung entscheiden können, aber diese scheiterte am Widerstand der deutschen Fürsten, insbesondere des Königs von Preußen. Man stellte Militarismus über Liberalismus, die Obrigkeit über das Parlament, Partikularinteressen über Menschenrechte.

Nach der Reichsgründung 1871 ging in Berlin der wirtschaftliche Aufschwung so schnell voran, dass er dem von New York oder Chicago vergleichbar war, und alle hatten Anteil daran. Umsonst wurde gegen Bismarck sogar zum Steuerboykott aufgerufen. Der Wohlstand war überzeugender. Das Ergebnis gab später den Kritikern Deutschlands Munition in ihrem Treiben gegen die Deutschen als angebliches "Militärvolk".

Selbstverständlich nimmt man Deutschland in Schutz, weil die Nation erst so spät staatlich zusammengewachsen ist und erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Berlin zur Hauptstadt erkor und weil sich alle auf die rasch wachsende Wirtschaft konzentrierten.

Später, als Kaiser Wilhelm II. an die Macht kam und er sich von Bismarck trennte und 1894 von Bülow als Kanzler einsetzte, gab es große Unzufriedenheit. Aber Ungehorsam oder Rebellion wären undenkbar gewesen. Das Volk beugte sich rückgratlos der imperialen Laune. Warum duldet das deutsche Volk ein

solches Regime? Das Bürgertum nahm auch die konstante kaiserliche Verweisung auf "meine Armee", "meine Marine", "meine Soldaten" hin, obwohl diese Kräfte doch mit Steuergeldern erhalten wurden. Damals waren vielleicht die lehensartigen Verhältnisse der deutschen Gesellschaft schuld, in der die Uniform des deutschen Offiziers über alles ging.

Dazu kam der nicht zu unterschätzende wachsende Materialismus. Wieder wollte man nicht mit Fragen der Konsolidierung der Gesellschaft des neuen Deutschlands an Erfolg und Wohlstand rütteln. Von Berlin aus unterstützte der Historiker und Schriftsteller Heinrich von Treitschke den Glauben, dass alles dem Staat untergeordnet sein sollte, um Deutschland zu mehr Macht, Weltgeltung und Größe zu verhelfen. Das spät vereinte Deutschland hatte in kürzester Zeit mehr in Sachen Fabrikation und Export erreicht als manche alt-demokratischen Länder Europas. Und das ohne durch tiefgreifende inländische politische Fragen gestört zu werden.

Nach dem Ersten Weltkrieg hofften die Sozialdemokraten, die überfälligen Reformen durchzusetzen, aber der Reichstag setzte seinen kleinmütigen Kurs fort und erlaubte der Regierung und dem Militär alle Probleme zu lösen. Mit der Objektivität der dazwischenliegenden Jahrzehnte und im Vergleich mit anderen europäischen Demokratien kann man sich die Frage stellen, ob es möglicherweise heute Parallelen mit der damaligen Lage gibt?

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg wollte und durfte das deutsche Volk sich nicht an den schwierigen Fragen die Finger verbrennen. Ich erinnere mich an meine Schulzeit in Deutschland. Damals schien es mir, dass alle formell gekleideten deutschen Männer einen dunkelblauen Anzug trugen, der höchstwahrscheinlich ihr einziger Anzug war. Man fuhr Opel Kadett oder Ford Taunus. Man war bescheiden, tüchtig, sachlich. Der Horizont war ja durch den Kalten Krieg begrenzt.

Ab den späten siebziger Jahren schien politisch nur die Umwelt die Allgemeinheit zu interessieren. Dadurch kam auch die Grüne Partei ins Leben, die sich zur wichtigsten Umweltpartei der Welt entwickelte, mit einem berechtigten Anliegen - aber leider linksstehend und von Chaoten überfüllt. Per Definition muss eine Umweltpartei ewig in Opposition bleiben, um zu funktionieren. Einmal an die Macht gekommen, sind die Grünen eine typische, etablierte politische Partei geworden. Sie kümmern sich weniger um Umweltthemen als um Außenpolitik. Dank ihnen und ihren zerstörerischen anti-deutschen Gedanken wurden die Schleusen zur Einwanderung geöffnet und Tausende völlig unwürdige, wenn nicht gar kriminelle Menschen bekamen eine Einreisebewilligung. Das deutsche Volk aber ließ seine Regierungen ohne Widerstand die Entscheidungen treffen. Mit den Folgen dieser Entscheidungen leben wir heute.

Wenn ein Volk die Wirtschaft an die Stelle der Politik stellt, wie es in den ersten Jahren des Zweiten Reiches oder nach dem Zweiten Weltkrieg während des Wiederaufbaus Deutschlands der Fall war, gibt es statt eines Auseinanderziehens ein gemeinsames Streben. Daraus entsteht ein gemeinsamer Vorteil und ein allgemeiner Erfolg. Aber nach dem Erreichen der sozialen Marktwirtschaft, spätestens in den achtziger Jahren, als es allen ziemlich gut ging und man sich mehrheitlich nach Unterhaltung sehnte, ist das Volk den Berufspolitikern ausgeliefert worden. Gegenwärtig wird die Gesellschaft auseinandergetrieben durch die Machenschaften von mehreren politischen Parteien, die sich wichtig machen oder miteinander konkurrieren, nur um an der Macht zu bleiben oder zur Macht zu kommen. Durch ihre Kultur und ihre Geschichte haben alle Völker ihre eigene Weise, mit ihrer Politik und ihren Politikern umzugehen - man könnte auch sagen: wehren sich die Völker Europas mit verschiedenen Methoden gegen ihre Politiker.

In Italien z. B. macht die Wirtschaft erfolgreich weiter an der dortigen Politik vorbei. Es hat seit dem Krieg in Italien 61 Regierungen gegeben. Irgendwie, trotz Krise, trotz Streiks, trotz Skandalen, trotz einer der grössten "kommunistischen" Parteien, ob unter Berlusconi oder Prodi, läuft die Wirtschaft, laufen insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen gut.

In England, wo seit Jahrhunderten die Gewohnheit besteht, in allen Sachen durchzuwursteln statt langfristig zu planen, geht es dementsprechend dem Volk im Vergleich mit den fortschrittlichsten kontinentalen Ländern nicht so gut. Es fehlt an Lebensfreude, an Lebensqualität. Angeblich möchte ein Drittel der Bevölkerung auswandern. Aber gleichzeitig boomt die Wirtschaft. Internationale Großfirmen haben in England viel aufgekauft, zum Beispiel gehören manche Wasserversorgungsfirmen französischen Gesellschaften. Der Mangel an Amtsschimmel und Gesetzen im Vergleich mit Deutschland oder Frankreich - ein Ergebnis des Durchwurstelns - und die allgemeine Inkompetenz der Ureinwohner locken ausländische Firmen nach England.

In Deutschland leidet das Volk nicht nur unter wirtschaftlich schwierigen Zeiten für kleine und mittelständische Unternehmen, sondern auch unter dem vorauseilenden Gehorsam der Herrschenden gegenüber anderen Ländern und fremden Interessen. Das Volk fühlt sich in seinem täglichen Leben unterdrückt. Es werden keine deutschen Kinder geboren, nicht nur weil junge Ehepaare sich keine Kinder leisten können, sondern auch, weil die Zukunft Deutschlands nicht optimistisch macht.

Übrigens habe ich vor anderthalb Jahren in der National-Zeitung eine gewisse Sympathie mit dem Gedanken eines Steuerboykotts durchblicken lassen, und zwar um gegen die Zahlungen an die EU zu protestieren. Heute wäre ein Signal gegen die Verschwendung noch sinnvoller, noch dringender. Aber die Deutschen sind keine guten Demokraten. Hier schlägt die negative Seite dieser Eigenschaft durch. Die Deutschen würden es nie wagen, sich zu organisieren, möglicherweise durch einen Verein oder eine gewerkschaftsähnliche Gruppe, um ihre Steuern zurückzuhalten. Zwar demonstrieren manche mit Unterstützung der Grünen und internationaler Umweltgruppen gegen die Castortransporte, aber niemand blockiert eine Hauptachse wegen der täglichen Umweltverschmutzung durch den Lastwagenverkehr - wie es mehrmals in Österreich der Fall gewesen ist. Man kann daraus durchaus den Schluss ziehen, dass, obwohl die Regierungen den Ton angeben und so oft den falschen dazu, es die eingefleischte Laune des Volkes ist, die die Zustände bestimmt. Mit der Demokratie sind die Deutschen als Volk zwar in Berührung gekommen, sie haben aber nie die Erfahrung echter Volksherrschaft gemacht.

Als Schweizer Staatsbürger bin ich der Überzeugung: Eine echte Demokratie ist nur ein Land, das Volksbegehren und Volksentscheide in konkreten Sachfragen kennt. Erst vor kurzem habe ich einen Beitrag geschrieben, in dem ich zu mehr Demokratie, mehr Wahlbeteiligung aufrief. Wenn wir feststellen, dass überall auf der Welt die Politiker der einzelnen Länder, ob in der EU, ob in der UN, untereinander mehr Gemeinsamkeiten haben als mit ihren eigenen Landsleuten, heißt das wahrscheinlich, dass umgekehrt auch die einzelnen Völker mehr Gemeinsames miteinander haben als mit ihren eigenen Vertretern. Also sollten wir als Völker unsere zwar gewählten, aber nicht ausgewählten Politiker ignorieren. Täglich zeigen sie uns doch nicht nur, wie unfähig sie sind, unsere Probleme zu lösen, sondern sie schaffen uns noch schlimmere Probleme. Mag sein, dass deutsche Regierungen keine echte Demokratie erlauben, aber das deutsche Volk nützt auch seinerseits seine demokratischen Möglichkeiten nicht voll aus.

Der deutschstämmige amerikanische Journalist Henry H. Mencken (1880-1956) stellte fest:

"Der ganze Zweck praktischer Politik besteht darin, die Bevölkerung in Alarmstimmung zu halten, so dass sie nach Sicherheit schreit, indem man sie ununterbrochen mit einer Reihe imaginärer Kobolde in Angst versetzt."

Mencken hat auch gesagt:

"Jeder anständige Mensch schämt sich der Regierung, welcher er unterstellt ist."

Menckens bekanntester Spruch aber war:

"Keiner ist je dadurch bankrott gegangen, dass er die Intelligenz des amerikanischen Volkes unterschätzt hat."

Das Problem liegt aber gerade darin, dass wir, dank unserer Politiker, diesem krassen Volk unterstellt sind. Endlich, wenn auch zu spät, hat auch das amerikanische Volk entdeckt, wie es in eine Sackgasse geführt wurde. Wie umsonst um die 2.600 amerikanische Soldaten allein im Irak sterben mussten und um die 12.000 physisch oder psychisch krank gemacht wurden. Die Nationalschande von Vietnam hat Amerika nichts beigebracht. Das Land steckt schon wieder in einem Sumpf. Seine Verbündeten in der "Koalition der Willigen" lassen es einer nach dem anderen fallen.

Bald wird eine neue Regierung in Amerika gewählt. Aber auch wenn die Demokraten zur Macht kämen, auch wenn alle gegenwärtigen Berater Bushs herausgeworfen würden, würde die Politik sich nicht radikal ändern. Amerika kann seine Sucht nach billigem Erdöl nicht zügeln. Also wird es weiter versuchen, die Quellen davon zu kontrollieren. Die Überwachungsgesetze des sogenannten "Patriot Act" - als ob alle Gegner dieses Gesetzes unpatriotisch wären - sind jeder Regierung zu wichtig, als dass sie rückgängig gemacht würden. Der "Krieg gegen den Terror" wird weiter getrieben, es ist einfach wirtschaftlich und politisch zu vorteilhaft. Und vor allem werden die gleichen Interessen hinter den Kulissen weiter die Politik lenken, wie sie es seit hundert Jahren in Amerika gemacht haben und wie sie es, folgt man manchen Forschern, seit dem 4. Jahrhundert in Europa gemacht haben.

Warum macht Frau Merkel da mit? Warum dient sie diesen Verlierern? Wahrscheinlich ist es einfacher, den schon von vielen deutschen Regierungen eingeschlagenen Weg zu gehen. Aber ist es praktischer -wenn es nicht funktioniert?

Nicht aus irgendwelchen "historischen Gründen" sollte es keinen Bundeswehr-Einsatz im Libanon geben. Es ist auch nicht so, dass die Deutschen ihr Mitleid und Mitgefühl für das libanesische Volk nicht zeigen sollen. Aber erstens kann sich Deutschland diesen weiteren Einsatz nicht leisten und zweitens sollten überhaupt keine derartigen Abenteuer im Ausland gewagt werden. Drittens mischt sich Deutschland damit nun auch im Libanon ein und riskiert das Leben seiner Bürger, um wieder gut zu machen, was Israel zerstört hat. Muss die ganze Welt einen Marionettentanz ausführen, wenn es den Zionisten nutzt? Der Kanzlerin macht das

nichts aus. Logisch, denn die Außenpolitik ist das beste Ablenkungsmanöver, wenn eine Regierung nicht weiß, wie die inländischen Probleme zu lösen sind.

Früheren deutschen Kanzlern ist es auch nicht gelungen, die Probleme des Landes zu lösen, aber keiner hat dem deutschen Volk den Rücken gedreht wie die Merkel. Merkel nennt Deutschland sogar einen "Sanierungsfall". Was heißt aber Sanierungsfall - besonders in einer Zeit, in der das Wirtschaftswachstum Deutschlands eine seit fünf Jahren nicht mehr erreichte Höhe zeigt. Was versteht die Merkel unter einem "Sanierungsfall" - oder ist es einfach ein politischer Ausdruck? Hinsichtlich der Arbeitslosenquote von 11 % ist Deutschland leider schon ein Sanierungsfall. Oder meint Merkel die um die 60 % Sozialhilfeempfänger in Berlin? Tatsächlich kann ein Land ein Sanierungsfall genannt werden, wenn nur um die 45 % Steuern zahlen. Wie ist der Staat dann noch zu erhalten?

Neulich hat die National-Zeitung eine 3-teilige Serie über Skandinavien veröffentlicht. Darin konnte man lesen, wie vorteilhaft die hohen Steuern dort sind, weil z.B. der schwedische und finnische Staat im Land soviel ausgeben. Der Staat gibt also schwedisches Geld für schwedische Interessen aus. Es sind keine "Hilfen", sondern ganz normale staatliche Maßnahmen. Warum kann sich Schweden soviel leisten? An erster Stelle, weil Skandinavien traditionell ein anderes Verständnis von der Verbindung zwischen Staat und Bürger hat. An zweiter Stelle ganz einfach, weil Skandinavien nicht erpressbar ist und daher kein Geld für unnötige Zwecke, seien es immer neue "Mahnmale" oder Blauhelme im Libanon, verschwenden muss. So einfach ist es.

Man muss also annehmen, dass die Merkel das Wort "Sanierungsfall" doch nicht versteht und nur als politischen Slogan benützt. Warum sonst würde sie den Steuerzahlern, die nur noch 45 % der Bevölkerung ausmachen, und den sich daraus rekrutierenden kaufkräftigen Deutschen eine 19-%-Mehrwertsteuer aufbürden?

Frau Merkel wirft mit großen Wörtern herum, aber findet keine entsprechenden Lösungen. Warum macht sie das? Ist sie nicht stolz, Deutsche zu sein - und einen Posten erreicht zu haben, wo sie mindestens ihr Bestes geben könnte, um ihrem Land zu helfen?

Nein, Frau Merkel hat das, was sie erreicht hat, für sich selbst erreicht. Sie ist Kanzlerin, sie ist bekannt und gefeiert. Sie kann am Tisch im Kanzleramt präsidieren. Das war's.

Udo Voigt, Bundesvorsitzender der NPD, hat in der National-Zeitung neulich beschrieben, wie es dem normalen Bürger in Berlin geht. Ich zitiere: "Gerade hier in Berlin mit 17,4 % Arbeitslosen - in einigen östlichen Bezirken der Stadt sind bis 24 % arbeitslos - wird die zunehmende Verarmung der deutschen Bevölkerung allgegenwärtig. Die Häuser verfallen mehr und mehr und die Menschen können sich nichts Vernünftiges mehr zum Anziehen kaufen. Darüber hinaus müssen in Berlin täglich bis zu 12.000 Kinder karitative soziale Einrichtungen aufsuchen, um wenigstens eine warme Mahlzeit am Tag zu bekommen."

Wie sind solche Verhältnisse in der Hauptstadt Deutschlands, in einem entwickelten europäischen Land zu erklären? 1995 besuchte ich die Gegend, wo ich zuletzt in Los Angeles gewohnt hatte. Es ist ein mittelständischer Stadtteil, neben Beverly Hills liegend. Dort gibt es ein Einkaufszentrum mit Safeway-Supermarkt. Als ich in den frühen achtziger Jahren dort wohnte, war es ein solides aber lebendiges Gebiet, mit allerlei blühenden kleinen Läden. Jetzt bemerkte ich mehrere große Kartons vor dem Safeway, in dem Menschen lebten, ganz wie in New York. Ja, in Amerika kann man Millionär werden, zum Beispiel wenn man ein Kinder verdummendes Plastikspielzeug erfindet. Man kann auch, von der Gesellschaft völlig vernachlässigt, auf der Straße vor Kälte und Hunger sterben.

Aber in Europa, in dem exportstärksten Staat Europas mit seiner sozialen Marktwirtschaft, können doch solche Verhältnisse nicht vorkommen! Tausende deutsche Kinder können nicht auf der Straße leben, wie um 1929, zur Zeit des Wall Street Crash! Doch das können sie und zwar nur einige Gehminuten von der monströsen Holocaust-Gedenkstätte entfernt, einem grotesken Betonmeer, das nur der Vergangenheit dient, aber Millionen Euro öffentlicher Gelder verschlungen hat. Millionen, die gegen Kinderarmut hätten eingesetzt werden können. Aber im Kanzleramt ist man auf diesem Auge blind.

Nach dem Armutsbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2005 ist der Anteil der Armen an der Bevölkerung zwischen 1998 und 2003 von 12,1 Prozent auf 13,5 Prozent gestiegen. Der Anteil der reichsten zehn Prozent der Deutschen am Gesamtvermögen stieg im gleichen Zeitraum von 44 auf 47 Prozent. Als "arm" gilt hierzulande, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Pro-Kopf-Einkommens hat.

Die Situation in der Hauptstadt ist noch um einiges dramatischer: In Berlin liegt der Anteil der Armen nach dem Sozialatlas bei 15,6 Prozent. Tendenz: weiter steigend. In Berlin lebt jedes vierte Kind unter sieben Jahren von der Stütze. Die Gesundheitsreform mit Praxisgebühr und Medikamentenzuzahlung und die Kürzung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau haben die Situation noch verschärft.

Frau Merkel hat die Wahl. Sie könnte sich doch für ihr Volk einsetzen. Dafür sind Politiker doch beauftragt. Im Krieg oder wenn das Volk leidet, sind Politiker wie andere Führende verpflichtet, sich persönlich an Ort und Stelle zu begeben, um Anteilnahme und Solidarität zu zeigen. Statt nach Washington, Tel Aviv oder Warschau zu reisen, könnte Frau Merkel Neukölln oder Friedrichshain besuchen, um die dortigen Verhältnisse vor Augen zu bekommen. Es wäre sinnvoller und für die öffentlichen Kassen billiger. Aber Kinder haben keine Macht und wählen nicht, und ihre Eltern sind es anscheinend auch nicht wert.

Was also ist zu machen? Es braucht ein deutschlandweites Gefühl der Unzufriedenheit, um das Volk zu einigen. Deutsche Ärzte haben Monate lang gestreikt, um einen besseren Lohn zu bekommen. Am Ende ist es ihnen auch gelungen. Aber es ging einzig um eine bestimmte Gruppe von Menschen und um Geld. Wie wäre es, wenn es den Deutschen gelingen würde, mehrere Gruppen zusammenzuführen und einen allgemeinen Streik zu führen, gegen alle unakzeptablen Verhältnisse? In Frankreich wird regelmäßig gegen Maßnahmen, die die Bauern treffen oder gegen Änderungen im Schulbereich gestreikt. Neulich hat ein neues Gesetz, das den Kündigungsschutz für junge Arbeitnehmer gelockert hätte, die Franzosen aufgebracht. Bis die französische Regierung nachgegeben hat, haben Tausende von Menschen das ganze Land lahm gelegt.

- Angesichts der sich täglich verschlimmernden Lage nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt;

- angesichts von Bedingungen, gegen die wir fast machtlos sind, wie Klimawandel, Seuchen und Überbevölkerung;

- aber auch angesichts von Menschen, die im Hintergrund unsichtbar und undurchsichtig gegen eine bessere Welt wirken und für unser aller Misere sorgen (für den internationalen Terrorismus, Hunger und Not und hoffungslose, von Elend geprägte Leben, für Arbeitslosigkeit und Armut am Ende einer oft hart erarbeiteten Existenz - Bedingungen, die einfach zu vermeiden wären), müssen die Aufgeklärten an ihren Erkenntnissen festhalten.

Aber diese Wahrheiten, die man sich nicht auszusprechen traut in einer heuchlerischen Gesellschaft, unter Politikern und Medienmenschen, die sich selbst täglich anlügen, weil es ihre Karriere voran bringt, die ihr eigenes Land verleugnen und beschädigen - dieses Wissen darf man nicht nur in seinem Herzen erkennen. Man muss für diese Wahrheiten kämpfen!

Sie, die die National-Zeitung lesen, gehören zu den aufgeklärten Menschen, die sich auch aus Quellen abseits des "Mainstream" informieren. Es liegt also an Ihnen, Ihre Erkenntnisse zu verbreiten. Der erste Schritt, einem anderen Menschen die Augen zu öffnen, sollte sein, dass man ihm nahelegt, alles was in den allgemeinen Medien erscheint, stets zu bezweifeln. Am Anfang ist das schwierig, aber mit der Zeit und der ständigen Frage "Wem nutzt es?" wird es zur Gewohnheit. Diese Gewohnheit, alles in Frage zu stellen, ist viel erfolgreicher als der laute Streit. Keinem Mensch kann man, besonders in diesen Zeiten, sein Bedürfnis nach Unterhaltung vorwerfen. Aber wenn er "Bild" oder "Stern" anguckt, muss er gleichzeitig zugeben, dass es nur um Unterhaltung geht. Wenn er die Süddeutsche Zeitung oder die "Welt" liest, muss er gleichzeitig zugeben, dass es womöglich nur um Propaganda geht. Ständig muss er die Frage "Wem nutzt es?" im Kopf behalten.

Als ich mich in den frühen neunziger Jahren für Fortbildung im Bereich architektonische Restauration eingesetzt habe, schien es mir ein logischer Weg zu sein, durch nötige Handarbeit Arbeit auf Lebenszeit zu schaffen. Ganz Mittel- und Osteuropa war und ist von bedeutungsvollen und schönen Gebäuden gefüllt, die ständig Restauration und Unterhaltung brauchen. Es gelang mir auch damals Geld für ein einmaliges neues Zentrum in der Tschechei zu finden, das gegenwärtig gut läuft. Ich besuchte mehrmals Rumänien, besonders Siebenbürgen. Auch Ungarn. Ich war Vorstandsmitglied des Görlitzer Zentrums und habe dort verschiedene Projekte eingeführt. Ich war Schatzmeister einer Stiftung für architektonische Restauration im Europa-Rat. Sehr oft wurde ich missverstanden. Man hat mich für meine Liebe zur Kunst gelobt, obwohl ich in erster Linie Arbeit schaffen wollte.

Es besteht noch die Möglichkeit, in Mitteldeutschland Zentren zu erzeugen,

- um jungen Menschen die vielen Fächer der Restauration beizubringen

und

- um ihnen die Möglichkeit zu geben, danach als Handarbeiter und Meister ihre schöne Heimat auf gründliche und sichtbare Weise zu sanieren, zum wirklichen Blühen zu bringen.

Es gibt viele andere Vorteile eines solchen Programms:

- die Wiederbenützung von Gebäuden, die sonst völlig zerfallen würden und, wenn überhaupt, von ordinären Bauten ersetzt würden;

- die Gebäude selbst, die ewig Arbeit anbieten;
- Einkommensmöglichkeiten durch den Tourismus;
- der Stolz auf die eigene Heimat;
- der Verbleib von Menschen, die sonst wegziehen würden.

Dafür müssten Deutsche aber zu besseren Demokraten werden. Sie dürften sich nicht ablenken und auseinanderdividieren lassen durch Medien, die absichtlich die Wünsche der Regierung und von ausländischen Auftraggebern ausführen.

Wenn die Vorsitzenden der größten deutschen Gewerkschaften sich auf einmal für alle Deutschen und nicht nur für ihre Mitglieder einsetzen würden, für andere politische Verhältnisse und nicht nur für Geld, wenn sie mit der Bundesregierung Klartext sprechen und mit landesweiten Streiks drohen würden, wäre die Lage vielleicht auf einen besseren Weg gebracht. Berlin wäre der logische Anfangsort dafür. Aber leider müssen wahrscheinlich noch Tausende Kinder samt ihrer Eltern obdachlos herumwandern und muss die Kriminalität steigen, bis ein ernster Schritt in eine vernünftige Richtung gemacht wird. Es ist ein Wettlauf gegen die Zeit.

Meine Kurzliste lautet:

Die EU verlassen.

Steuern besonders für den Mittelstand senken.

Keinen Pfennig öffentliches Geld außerhalb Deutschlands oder für Zwecke, die dem deutschen Bürger nicht direkt zugute kommen, ausgeben.

Alle kriminellen Ausländer - mit oder ohne Pass - innerhalb 48 Stunden ausweisen.

Auch solche Ausländer, die den Deutschen nur auf der Tasche liegen, müssen das Land verlassen.

Alle Auslandseinsätze der Bundeswehr beenden.

Sämtliche Bundes- und Landesbehörden verkleinern bzw. schließen.

Gehälter und Ruhegehälter von Politikern zurückschrauben.

Die Deutsche Mark zurückbringen.

Handwerker unterstützen.

Die Umweltpolitik aus den Händen der Linken nehmen.

Alle Umerziehungs- und Bewältigungsanstalten sowie -programme streichen.

Den Verfassungsschutz auflösen.

Weg mit dem Paragraphen 130 Strafgesetzbuch. Die Bundesrepublik ist ohne diese erst 1960 eingeführte und seitdem immer wieder verschärfte Bestimmung sehr gut gefahren.

Werden die Deutschen die europäische Verfassung, ohne ein Wort dagegen sagen zu dürfen, aufgebürdet bekommen und wird das Land weiter im EU-Sumpf versinken, seine Eigenschaften verlieren? Werden weitere deutsche Firmen von Fremden übernommen oder ins steuerbegünstigte Ausland gehen? Wird die Deutsche Bahn privatisiert, mit den fürchterlichen Folgen, die in Großbritannien zu beobachten sind? Werden sogar, um das letzte staatliche Gut zu versilbern, die Autobahnen verkauft? Wird das Land von Süden von Afrikanern und von Osten von rumänischen "Sinti und Roma", wie die Zigeuner sich gerne romantisch nennen, überzogen? Werden diese Zuwanderer hier landauf landab ihre erlernten Lebensweisen ausüben können und dabei in vielen Fällen die immer geringeren Sozialleistungen in Anspruch nehmen können? Sie, meine lieben Deutschen, haben die Wahl.

Gerard Menuhin